

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Rieser
Fremde Nr. 22.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Meißner beständig bestimmes Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 225.

Freitag, 26. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Papiere und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 9 mm hohe Druckerschrift, 6 Silben 25 Gold-Pfennige; bis 30 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige. Veräußerung und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Besondere Rabatte erlassen, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingegossen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Papiere oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Der Deutsche Städtetag in Dresden.

1) Dresden. Anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen und des Preussischen Städtetages in Dresden und in Erinnerung an den Tag, an dem vor 25 Jahren der Erste Deutsche Städtetag stattfand, hat die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages eine Schrift herausgebracht, in der sie die Organisation und Arbeitsweise des Deutschen Städtetages schildert.

In einem 1. Kapitel ist über die Entstehung des Deutschen Städtetages berichtet und die Notwendigkeit städtischer Gemeinschaftsarbeit dargelegt. Im Deutschen Städtetag kamen ohne Rücksicht auf die regionale Gliederung die Vertreter der deutschen Städte zusammen, um schließlich als deutsche Städte städtische Angelegenheiten zu beraten. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich über die trennenden Verschiedenheiten der Landesgesetzgebungen und Landesverwaltungen hinweg die Grundlinien als gemeinschaftliche herausstellten, und so immer weitere Fragen für die Finanzgriffnahme durch den Deutschen Städtetag reif wurden.

In dem 2. Abschnitt der Schrift werden Organisation und Arbeitsweise des Städtetages dargestellt, in dem gegenüber eine städtische Bevölkerung von rund 82 Millionen Menschen vertreten ist. Der Krieg brachte den Städten und dem Städtetag eine Fülle neuer Aufgaben bis dahin unbekannter Art und Größe. Mit berechtigtem Stolz konnte der Städtetag schon im September 1914 auf die Mannigfaltigkeit und Höhe der städtischen Leistungen aus Anlaß des Krieges hinweisen. Kaum war es gelungen, diesen neuen Verwaltungsaufgaben entgegenzutreten, als die Notwendigkeit der Ernährung und bald auch für alle anderen täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung unter oberster Leitung des Reiches in den Vordergrund der Arbeiten der Städte und des Städtetages rückte. Diese Entwicklung setzte sich in der Nachkriegszeit unter der neuen Verfassung fort, als das Reich in immer stärkerem Maße soziale Regelungen traf, welche die Städte auszuführen hatten, während es durch seine Finanzgesetze unmittelbar in den Haushalt jeder einzelnen Gemeinde eingriff. Sie bedeutete einen völligen Umschwung in dem Arbeitsmaß, das die gemeinsame Geschäftsstelle für preussische und Reichsangelegenheiten auszuführen hatte. Nichts kennzeichnet die Veränderung vielleicht schärfer als die Tatsache, daß die Reichsregierung sich im Juli 1930 zu dem Verlusse gezwungen sah, durch eine Notverordnung der dringenden Finanznot der Gemeinden zu steuern. Die Steigerung und Intensivierung der Verwaltungsaufgaben führte zugleich immer mehr zu einer Mitarbeit des Städtetages an grundsätzlichen Fragen der inneren Verwaltung der Städte mit dem Ziele, die Organisation einfacher, billiger und wirksamer zu gestalten. Auch im Verhältnis zur Wirtschaft wurde bewußter und härter von wirtschaftlicher und gemeindlicher Seite das Verbindende betont. Im Verhältnis zum Staat war es von vornherein das Natürliche. Auch heute steht der Städtetag seine Kraft aus der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Praxis der kommunalen Verwaltungen der ihm eng verbundenen kleinen, mittleren und großen Städte.

Deutscher Städtetag in Dresden.

1) Dresden, 26. September. Unter zahlreicher Beteiligung wurde heute am Freitag die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dresden eröffnet. Neben zahlreichen Vertretern der Städte nahmen Vertreter der Reichsregierung, der Staatsregierungen, Persönlichkeiten aus den Parlamenten des Reiches und der Länder und Vertreter der Wirtschaft, des Handels und der Wissenschaft an den Beratungen teil.

In seiner Ansprache

„25 Jahre Deutscher Städtetag“

fährte als erster Redner Präsident Dr. Rulenz etwa folgenden Inhalt:

Entstanden aus den Anregungen der Städtebauausstellung 1908 hat sich die Schicksalsgemeinschaft der im Deutschen Städtetag vereinigten Städte immer mehr gefestigt und einen bedeutenden Aufschwung genommen.

Aus den 144 Mitgliedstädten und 7 Städtebänden des Gründungsjahres mit einer Einwohnerzahl von 16,2 Millionen sind bis zur Gegenwart 279 unmittelbare und 218 mittelbare Mitglieder mit insgesamt 82 Millionen Einwohnern geworden. Mit Dankbarkeit begrüßt der Städtetag die Städte des besetzt gewesenen Gebietes als befreit in seinen Reihen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Städte aus dem deutschen Sauerland in Bälde wieder frei sein mögen. Die ganze Organisation des Deutschen Städtetages ist getragen von der Überzeugung der großen staatspolitischen Bedeutung einer lebendigen modernen Selbstverwaltung. Er will die Städte als kulturelle und wirtschaftliche Mittelpunkte in ihrer Selbständigkeit und Initiative erhalten wissen. Nur dann kann sie von einer lebendigen Selbstverwaltung getragen sein. Das Schicksal der Gemeinden ist ein allgemeines deutsches Problem geworden. Das Verhältnis zwischen materiellem Einfluß des Reiches und formaler Zuständigkeit der Länder äußert keine ungünstige Auswirkung auf die Städte, die Gemeinden betreffenden wichtigen Reichsgesetz und ist die Ursache für viele die Gemeinden einmündenden Bindungen. Aufgabe des

Deutschen Städtetages ist es, in der täglichen Mitarbeit bei Gesetzen und Verordnungen des Reiches, den Bedürfnissen der örtlichen Selbstverwaltung die notwendige Beachtung im einzelnen zu sichern, darüber hinaus aber darauf hinzuwirken, daß bei der kommenden Reichsreform die jetzigen Mängel im Reichsaufbau, auch, soweit sie die Gemeinden in der untersten Instanz betreffen, beseitigt werden und damit den Gemeinden neben Reich und Ländern eine staatsrechtliche Stellung eingeräumt wird, die sie voll zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben fähig macht. Die gegenüber Reich und Staat, so beherrschend der Gedanke der Gemeinschaftsarbeit auch die innere Arbeit des Städtetages, und zwar sowohl den anderen kommunalen Spitzenverbänden, wie auch den großen Verbänden des Wirtschaftslebens, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber, um die Bedürfnisse der Allgemeinheit zur Geltung zu bringen. Die gleichen Gesichtspunkte sind für ihn auch in allen Fragen der Wirtschaftspolitik maßgebend. Darum hat der Städtetag auch sowohl das seinerzeit vorgeschlagene Kommunalisierungsgesetz als auch jede schematisierende Festlegung der wirtschaftlichen Betätigung der Städte abgelehnt. Umfang und Art der wirtschaftlichen Betätigung der deutschen Gemeinden haben durch Aufgaben der Kriegs- und Nachkriegszeit eine gewaltige Ausdehnung und Umfichtung erfahren. Die Gemeindefinanzwirtschaft aber soll im allgemeinen nur da eingreifen, wo dies im Interesse einer gleichmäßigen, sozial tragbaren und wirtschaftlich zweckmäßig ausgebauten Versorgung der Bevölkerung liegt.

2) Die einschneidende Veränderung hat in diesen 25 Jahren die soziale Arbeit der Gemeinden erfahren. Obwohl die organisatorischen Einrichtungen der Gemeinden auf die Behandlung des einzelnen Notfalles abgestellt waren, gelang die Umstellung auf die Bewältigung vorher nie gekannter Notstände von Menschenmassen. Die organisatorische Überwindung der schwierigsten Aufgabe der Gegenwart, des Problems der Arbeitslosigkeit, ist durch das Vordringen aus dem engen Zusammenhang mit der gemeindlichen Arbeit wesentlich erleichtert. Die stärkste Einschränkung der Selbstverwaltung liegt nach wie vor auf dem Gebiete der Finanzen. Ueber Einnahmeseite und Ausgabeseite entscheiden in Wirklichkeit nicht die Organe der örtlichen Gemeinschaften in eigener Verantwortlichkeit, sondern das Parlament des Reiches, die Parlamente der einzelnen Länder und daneben noch eine ganze Anzahl von der Gemeindeverwaltung losgetrennter Einzelstellen.

Dadurch wurde die finanzielle Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden immer mehr verwischt. Ihre Wiederherstellung ist staatspolitisch wie kommunalpolitisch dringende Notwendigkeit. Jede andere Reichsfinanzreform bleibt Stückwerk. Die Anspannung der Gemeindefinanzen hat den denkbar höchsten Grad erreicht. Durch eine Abdrängung der Städte vom Kapitalmarkt wird zugleich eine wirtschaftlich gerechtfertigte Besserung des Lebensstandards städtischer Bevölkerung hingenommen.

Die Arbeit, die die deutschen Städte in den letzten 25 Jahren vollbracht haben, war größer und vielseitiger als in jedem früheren Zeitabschnitt. Die deutsche gemeindliche Selbstverwaltung hat in der ihr eigentümlichen Zusammenarbeit zwischen gewählten Vertretern der Bürgerschaft, dem ehrenamtlichen Element und dem Berufsamtentum die ihr aus der Zeit heraus erwachsenen Aufgaben zu erledigen gewußt. So war auch Einkommens und Ziel der Städtetagsarbeit in den ersten 25 Jahren und wird es auch für die kommenden Jahrzehnte bleiben: Dienst für die deutschen Städte, Dienst am deutschen Volk.

Die deutschen Städte richten an Reich und Länder den dringenden Appell, alle Kräfte zur Überwindung der uns alle berührenden Not in sachlicher Arbeit zusammenzufassen. Im Namen der Preussischen Staatsregierung begrüßte Innenminister Dr. Baumbach die Tagungsteilnehmer. Er dankte dem Städtetag für seine in 25 Jahren geleistete außerordentlich wertvolle Arbeit und erklärte, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen Ministerium und Städtetag von großem Wert sei. Er versicherte dem Städtetag sein Verständnis für die Bedeutung und Notwendigkeit der Selbstverwaltung. Erfüllt von dem Bewußtsein gegenseitigen Vertrauens, so schloß er, werden die deutschen Städte auf eine ruhmreiche und glückliche Zukunft rechnen können.

Nach den Begrüßungsansprachen nahm Oberbürgermeister Dr. Ruppel-Kürzner das Wort zu seinem Vortrage über

„Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt“.

Dr. Ruppel-Kürzner einleitend fest, daß die unaufhörliche Zunahme der Arbeitslosenversicherung die Haushaltspläne aller Gemeinden über den Haufen geworfen habe und sich zur Finanzkatastrophe auszuweiten drohe. Die vom Städtetag seit dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung geäußerten Bedenken seien in geradezu erschreckendem Ausmaß Wirklichkeit geworden. In all den organisatorischen Maßnahmen trete eine finanzielle Mehrbelastung, die sich zur finanziellen Katastrophe für die Gemeinden entwickelt habe. Allein vom 1. I. bis 31. 8. 30 sei die Zahl der unterhaltigen Arbeitslosen in den Städten mit über 25 000 Einwohnern von 225 000 auf 445 000 gestiegen

und müsse dauernd weitersteigen. Diese Ausgabensteigerung werfe alle Gemeindehaushalte über den Haufen. Die meisten Gemeinden könnten in aller nächster Zeit selbst mit kurzfristigen Krediten ihre Zahlungsfähigkeit nicht mehr aufrecht erhalten. Bis Ende des Jahres betrügen die Mehrausgaben mindestens 250 Millionen Reichsmark, zu denen erhöhte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und erhöhte Beiträge an Unterstände der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsunterstützung träten. Die für die Wohlfahrts-erwerblosen vorgesehenen Beiträge seien jetzt bereits verausgabt. Die erste Forderung, die erhoben werden müsse, sei, daß den Gemeinden sofort eine finanzielle Hilfe durch Entlastung von den Wohlfahrts-erwerblosen zuteil werde. Die neuen Steuern könnten bestenfalls sonstige Einnahmeausfälle ausgleichen, die ungeheuren Mehrausgaben für die Wohlfahrts-erwerblosen blieben ungedeckt. Es gäbe nur den einen Ausweg, die Arbeitslosen nach Beruf und Zeitaufwand unbeschränkt auszubilden, solange die Wirtschaftskrise dauere. Das Reich müsse hierfür die Mittel aufbringen.

Für die Zukunft entstehe die erste Frage, ob die Verbesserung in ihrer jetzigen Form aufrecht erhalten werden könne. Die Einführung sei verfrüht gewesen, die Zugrundelegung einer Zahl von nur 520 000 Arbeitslosen geradezu leichtfertig. Heute sehe man fast, daß die Reichsbudgetschritte, die Ende August bereits 200 Millionen RM. überschritten, Mitte Oktober völlig erschöpft seien. Scharf sei man zur Herabsetzung der Unterhaltungsabgabe auf 16 oder 13 Wochen, so bedente das nur eine neue Verschlebung der Last auf die Gemeinden. Nur die Hälfte der Arbeitslosen erhalte heute noch Unterhaltung von der Versicherung (rund 1,5 Millionen von 2,9 Millionen), 440 000 unterstützt die Arbeitsunterstützung, mindestens 600 000 die Wohlfahrts-erwerblosen, der Rest erhalte wegen mangelnder Bedürftigkeit oder aus anderen Gründen keine Unterhaltung. Die jetzige Dreiteilung (Arbeitslosen, Armen und Wohlfahrts-erwerblosen) müsse einer Zweiteilung Platz machen. Grundlegend muß der Reichsfinanzausgleich die Gemeinden in handhaben, diese Lücken zu füllen. Bis zu einer endgültigen Regelung muß das Reich sich an der Beseitigung kriegerischer Notstände nach Maßgabe der Anwendungen beteiligen. Die sinnlose Zerstückelung von Versicherung, Arbeitsnachweis und Fürsorge habe sich aufs bitterste erprobt und für beide Teile finanziell ungünstig ausgewirkt. In der örtlichen Instanz müsse die Einheitlichkeit wieder hergestellt werden. Der örtliche Arbeitsnachweis müsse in enger Verbindung mit der Versicherung wie mit der Fürsorge stehen und dem müsse organisatorisch Rechnung getragen werden.

Der Reichstanzler nicht in Dresden.

1) Berlin. Der Reichstanzler hat darauf verzichtet, heute Freitag zum Deutschen Städtetag nach Dresden zu fahren. Der Grund liegt darin, daß die Beratungen des Reichskabinetts über die Sanierungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind, und voraussichtlich noch die ganze Woche über dauern werden.

Austritt des Kabinetts Schöber.

1) Wien, 25. September. Der Ministerrat hat um fünf Uhr nachmittags nach halbstündiger Beratung die Gesamtdemission des Kabinetts beschlossen. Bundeskanzler Schöber begab sich zugleich zum Bundespräsidenten Miklas, um ihm das Entbindungsgesuch zu unterbreiten.

Kabinetts Schöber mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt.

1) Wien. Nach dem Ministerrat erschien Bundeskanzler Dr. Schöber gegen 6 Uhr abends beim Bundespräsidenten und überreichte ihm die Gesamtdemission des Kabinetts. Der Bundespräsident nahm die Demission an und beauftragte den Bundeskanzler sowie die übrigen Mitglieder der Bundesregierung mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte. Kurz darauf erschien auf Einladung des Bundespräsidenten der Präsident des Nationalrates Dr. Gurtler, mit dem der Bundespräsident längere Zeit konferierte. Für heute früh war eine Einladung zunächst an den Obmann des christlich-nationalen Clubs im Nationalrat, Abgeordneten Dr. Duresch ergangen.

Kündigung der Auktionsgesellschaft im Ruhrbergbau.

1) Essen. Nachdem die Bergarbeiterverbände bereits kurz vor den Wahlen dem Besenverband ihre Ansicht mitgeteilt hatten, das beabsichtigte Mehrarbeitsabkommen, das für den Lebertagebetrieb die achtstündige Schichtzeit vorsieht, am 1. Oktober zum 30. November zu kündigen, ist am Donnerstag diese Kündigung dem Besenverband zugegangen.